

PRESSEMITTEILUNG

Arm trotz Arbeit – Das Ergebnis langjähriger Niedriglohnpolitik DGB fordert faire Löhne für alle Beschäftigten

Gießen, den 27. Oktober 2020

Im Landkreis Gießen mussten im Dezember 2019 zum Stichtag 1.708 Personen trotz einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zusätzlich aufstockende Leistungen vom Jobcenter in Anspruch nehmen, um über die Runden zu kommen – weil ihr Einkommen fürs Leben nicht ausreichte. Das geht aus einer DGB-Auswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit hervor.

Jeder Fünfte, der zusätzliche Leistungen erhielt, hatte sogar einen Vollzeitjob.

„Vollzeit zu arbeiten und trotzdem zum Amt zu müssen, um aufzustocken, ist entwürdigend“, erklärt Robin Mastronardi, Gewerkschaftssekretär DGB Region Mittelhessen. „Der Staat wird dabei als Lückenbüßer für niedrige Löhne missbraucht.“ so Mastronardi weiter.

Zunehmend gehen Arbeitgeber dazu über, Arbeitsplätze nur noch in Form von atypischer Beschäftigung anzubieten, also zum Beispiel in Teilzeit, als Minijobs oder in Form von Leiharbeit. Dies erhöht für die Arbeitgeber die betriebliche Flexibilität, führt aber dazu, dass noch mehr Beschäftigte nicht von ihrem Einkommen leben können. Im Landkreis Gießen ist die Gesamtzahl der Beschäftigten mit 117.830 um einen Prozentpunkt höher gewesen, als zum Jahresende 2018. Dieser Anstieg war auch auf einen Zuwachs bei der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen.

Das führte parallel zu einem Anstieg derer, die auf Grund des Teilzeitjobs Hilfe durch das Jobcenter beantragen mussten. 1114 Beschäftigte in Teilzeitjobs waren im Landkreis Gießen am Ende des vergangenen Jahres davon betroffen. „Vor allem bei unfreiwilliger Teilzeit ist das für die Betroffenen bitter, sie wollen mehr arbeiten, dürfen aber nicht. Dieser Trend muss gestoppt werden, fordert Mastronardi“.

Besonders hoch ist die Aufstockungsquote auch bei Minijobs als Hauptbeschäftigung. Es ist inzwischen nachgewiesen, dass Minijobs nicht als Brücke in existenzsichernde Vollzeitbeschäftigung geeignet sind. Sie bieten viele Fehlanreize, die verhindern, dass Betroffene dauerhaft aus dem Hartz-IV-System herauskommen. 1398 Minijobber*innen mussten aufstockende Leistungen in Anspruch nehmen. Für den DGB ist klar: Wer arbeitet, soll auch

PM

Robin Mastronardi
Gewerkschaftssekretär
Region Mittelhessen

Robin.Mastronardi@DGB.de

Telefon: 0641-93278-61
Telefax: 0641-93278-80
Mobil: 0157-3082402

Walltorstraße 17
35390 Gießen

<https://mittelhessen.dgb.de/>

davon leben und sich und seine Familie versorgen können. Jetzt und im Alter. Daher muss spätestens in der nächsten Legislaturperiode das überholte Minijobmodell beendet und Niedriglöhnen durch einen armutsfesten Mindestlohn entgegnet werden. Als erste Zielmarke gelten 12 Euro pro Stunde.

Außerdem müsse die Krise zum Anlass genommen werden, politische Prioritäten zu korrigieren: „Wir benötigen einen steuerpolitischen Kurswechsel und eine Stärkung der Tarifbindung. Um die Jahrhundert-Herausforderung „Corona“ und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen meistern zu können, müssen Vermögende und Spitzenverdiener stärker in die Pflicht genommen werden!“, so Mastronardi und führt abschließend aus: „Es ist Fakt, dass die Armutsgefahr hierzulande so hoch wie nie ist. Umverteilung ist nicht nur aus Gerechtigkeitsaspekten sinnvoll, sondern ein Gebot der ökonomischen Vernunft.“